

**Anwesend waren  
vom Beirat**

Peter Rüdel  
Sandra Reith  
Rainer Stadtwald  
Annette Wagener  
Harald Deerberg  
Angelika Wunsch  
Steffen Eilers  
Reinhard Werner  
Sabine Wohlers  
Birgit Menz  
Peter Kadach  
Michael Jonitz  
Daniel de Olano  
Es fehlten Alexia Sieling, Sebastian Jung und Songül Yildirim

**vom Ortsamt**

Robert Bücking - Vorsitz  
Andrea Freudenberg - Protokoll

**Gäste:**

Herr Dr.Schulte-Sasse Sen. für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und  
Soziales  
Herr Richter Gesundheit Nord  
Herr Dr. Pfeiffer Klinikum Bremen-Mitte  
Herr Hollnagel Klinikum Bremen-Mitte

**Beginn:** 19.00 Uhr  
**Ende:** 21.30 Uhr

**Tagesordnung:**

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Klinikum Bremen Mitte  
der neue Kauf. Geschäftsführer Herr Dr. Pfeiffer stellt sich der Stadtteilöffentlichkeit vor  
Information zum Stand der Planungen für den Klinik-Neubau
3. Beschluss des Beirates im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Vor dem Steintor  
zwischen Friesenstraße und Lüneburger Platz
4. Aktuelles  
Nachwahl Fachausschuss
5. Schulstandortplanung
6. Entscheidung über die restlichen Beiratsmittel
7. Mitteilungen des Beiratssprechers und des Ortsamtes
8. Verschiedenes

**TOP 1**

Die Hausverwaltung der Wohnanlage Fehrfeld wird aufgefordert, den öffentlichen Bürgersteig entlang des Grundstückes zu säubern und von Laub zu entfernen.

Auf Vorschlag einer Bewohnerin aus der Schönhausenstraße sollten wie am Ostertorsteinweg auch in der Straße Vor dem Steintor Tempo 30-Schilder und Geschwindigkeits-Messtafeln aufgestellt werden.

**TOP 2**

In der heutigen Sitzung wird dem Beirat das neue Konzept für das Klinikum Mitte vorgestellt. Das Thema Entwicklung der freiwerdenden Flächen wird in einer Beiratssitzung Anfang 2010 beraten.

Herr Dr. Schulte-Sasse äußert sich zum aktuellen Planungsstand.

Er bezieht sich auf das frühere Konzept, wonach der Neubau mit einem privaten Investor realisiert werden sollte. Diese Vorgehensweise habe sich als völlig illusorisch herausgestellt. Ende 2007 sei man zu dem Ergebnis gekommen, das Projekt in der Form nicht weiter umzusetzen, sondern ein neues Konzept zu entwickeln. Da es vom Land Bremen keine Fördermittel gebe, müsse die GeNo den Neubau allein durch Kredite und eine Bürgschaft der Stadt finanzieren.

Es werden nun ein Generalplaner und Projektsteuerer mit dem Neubau betraut werden.

Die Kosten für den Klinikneubau belaufen sich auf insgesamt 230 Mio. Euro

Wegen der hohen Kosten für die Sanierung des Gebäudes der Chirurgie, habe man sich entschlossen, auch dieses Gebäude aufzugeben und die Chirurgie im Neubau mit zu integrieren.

Das gelte auch für die Kinderklinik.

Die Ausschreibungen laufen seit einigen Monaten und stehen kurz vor dem Abschluss.

Mit den Bauarbeiten soll in 2010 begonnen werden und es werde prognostiziert, dass 2013/14 ein bezugsfertiger Neubau stehe.

Zwei Drittel des Klinikgeländes werden dann nicht mehr für die Krankenhausnutzung gebraucht.

Herr Dr. Pfeiffer stellt sich im Beirat als neuer kaufmännischer Geschäftsführer des Klinikums Mitte vor.

Das Krankenhaus an der St.-Jürgen-Straße habe eine überregionale Bedeutung und sei im norddeutschen Raum gut bekannt. Eine Modernisierung des gesamten Klinikbereiches sei aber dringend erforderlich, da die jetzige komplizierte Bewirtschaftung und medizinische Versorgung ökonomisch nicht sinnvoll sei.

Allein 25.000 Operationen werden, verteilt auf 6 OP-Standorte, im Jahr durchgeführt.

Seine Aufgabe sei nun die Abläufe zu verändern, damit eine patientenzugewandte medizinische Versorgung erfolge und die räumlichen Bedingungen für eine wirtschaftliche Arbeit geschaffen werden.

Die Zielsetzung sei, dass 2010 die Flächen freigeräumt und 2014 in den Neubau eingezogen werden kann.

Herr Richter äußert sich zu den Kosten des Großprojektes.

Das Klinikum Mitte schaffe das nicht allein, die Dachgesellschaft der vier städtischen Krankenhäuser Mitte, Ost, Nord und Links der Weser müssen jährlich 23 Millionen Euro an Zinsen und Tilgung aufbringen, um den Neubau zu finanzieren.

Der Neubau werde durch Personalabbau bezahlt, teilt der Betriebsratsvorsitzende Herr Hollnagel mit. Der Neubau sei notwendig, um wirtschaftlich zu überleben und auch von den Mitarbeitern gewünscht. Die Stimmung sei aber auch abwartend skeptisch. Es sei nicht mehr machbar, Hochleistungsmedizin in alten Strukturen und maroden Gebäuden anzubieten.

Die Stationen seien teilweise 100 Meter lang. Die Integration der Kinderklinik in dem Neubau sei richtig.

Nun müsse noch daran gearbeitet werden, den Zaun rund um das Areal zu entfernen und eine Öffnung zum Stadtteil zu erreichen.

Auf Fragen aus dem Beirat wird außerdem mitgeteilt, dass man optimistisch sei, den vorgesehenen Zeit- und Kostenplan einzuhalten. Man habe sich entschlossen keinen Generalun-

ternehmer zu beauftragen, sondern die Leistungen an Einzelunternehmer zu vergeben. Davon erhoffe man sich bessere Chance für die regionalen Anbieter.

Der „Wirtschaftliche Nutzen“ der Grundstücke für den Krankenhausbetrieb sei in die Bilanz der GeNo aufgenommen. Von der Verwertung und Veräußerung der Grundstücke erwarte man Einnahmen mindestens in gleicher Höhe. Die Entwicklung der 14 Hektar großen freiwerdenden Fläche sei nun das Spannende für die Kommunalpolitik und den Stadtteil.

Herr Bücking macht die Bemerkung, dass in den letzten anderthalb Jahren die Weichen völlig neu gestellt wurden, und das sich nunmehr abzeichne, dass das Klinikum Mitte sich wirklich eine gute Zukunft erarbeiten könne. Es habe sich die Einsicht durchgesetzt, dass nur durch die starke Integration der vier Kliniken der Kommunale Betrieb auf Dauer gesichert werden könne. Das sei eine große Leistung. Ansonsten dürfe man sich nichts vormachen; ein komplexer Bau für 230 Mio. Euro sei ein risikoreiches Unterfangen. Auf der GeNo, dem Generalplaner und dem Generalsteuerer käme eine sehr hohe Verantwortung zu.

Wenn Ende 2010 mit den Abbrucharbeiten begonnen werde, seien die Planungen für den Neubau zu diesem Zeitpunkt sicher noch nicht abgeschlossen.

### TOP 3

Der Beirat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Beirat fordert, die im Rahmen des Schienenersatzbaus vorgelegten Pläne zum Bau der Straße "Vor dem Steintor" im Sinne einer einheitlichen Gestaltung zu ändern. Die im Behördenentwurf grau unterlegte Fläche zwischen dem Fußgängerüberweg Heidelberger Straße und Haltestellenbereich St.-Jürgen-Straße, die im Plan mit dem Schriftzug "*Die Gleiszone in diesem Bereich wurde mit dem vorgezogenen Weichen-austausch nur provisorisch geschlossen und wird endgültig mit einer Asphaltdecke geschlossen*" versehen ist, soll wieder, wie vor der Erneuerung der Weiche, in Großkopfpflaster, ausgeführt werden.**

Begründung:

Der Beirat ÖV hat sich in den letzten Jahren, Monaten und Wochen mit der Gestaltung seiner Hauptverkehrsachse "Vor dem Steintor" im Rahmen der BSAG-Baumaßnahme sehr intensiv befasst und viele kontroverse Diskussionen geführt. Am Ende dieses langen Diskussionsprozesses gelangte der Beirat zu einem einstimmigen Beschluss über ein Gesamtgestaltungskonzept.

Der gesamte Bauabschnitt vom Ziegenmarkt bis zum Lüneburger Platz soll in harmonischer Fortführung der vorhandenen Straßengestaltung des Drittels der Straße "Vor dem Steintor" zwischen Sielwall und Ziegenmarkt sowie der Schwesterstraße "Ostertorsteinweg" grundsätzlich einheitlich gestaltet werden und für Fahrradfahrer zwischen den Schienensträngen einen glatten Belag erhalten. Die gesamte Straße soll dadurch ihren identitätsstiftenden, über 100 jährigen städtebaulichen Charakter beibehalten, städtebaulich attraktiv gestaltet sein und auf gleicher Augenhöhe mit anderen Einkaufsstraßen in Bremen konkurrieren können.

Im vorliegenden Entwurf im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens ist die Behörde von dem Wunsch des Beirates nach einer einheitlichen Gestaltung im östlichen Teil der Straße zwischen dem bei der Heidelberger Straße geplanten Fußgängerüberweg und der Haltestelle abgewichen. Es kommt zu einem Bruch der Gestaltungsidee und zu einer optischen Abkopplung des Lüneburger Platzes, die mit dem Gesamtgestaltungskonzept des Beirates unvereinbar und auch unnötig ist.

### TOP 4

Nachwahl Fachausschuss

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wird in den Bauausschuss Frau Sieling und Frau Blanke gewählt. Sie treten die Nachfolge für Herrn Werner und Herrn Loose an. In den Bildungsausschuss wird auf Vorschlag der SPD Herr Werner gewählt. Ausscheiden wird Frau Sieling.

TOP 5

### **Schulstandortplanung**

Der von der SPD-Fraktion eingebrachte Antrag wurde aufgrund der Diskussion im Bildungsausschuss noch einmal von Herrn de Olano überarbeitet und liegt dem Beirat vor.

Zum Antrag gibt es aktuell noch Änderungswünsche seitens der CDU und den Grünen. Zusätzlich zum Angebot des Gymnasiums Hamburger Straße bestehe der Wunsch in der Östlichen Vorstadt eine weitere Gymnasiale Oberstufe einzurichten.

Ein Veränderungsdruck sei entstanden für die Schüler der GSM und der Schaumburger Straße und die beiden Schulen würden es begrüßen, wenn sie eine gemeinsame Oberstufe betreiben könnten.

Im Bildungsausschuss, so teilt Herr de Olano mit, sei das Für und Wider zur Einrichtung einer Oberstufe diskutiert worden.

Es wurde die Frage diskutiert, wie sich die flächendeckende Einführung der Oberstufe auf die einzelnen Stadtteile auswirken würde, auch die Breite der Angebote pro Jahrgang und Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Profilen spielte in der Diskussion eine große Rolle. Herr Werner sieht u.a. das Problem, dass bei Einrichtung weiterer Oberstufen, nicht genügend Schüler in den Jahrgangsstufen vorhanden seien. Auch sehe er nicht, dass der Stadtteil eine GyO schon allein wegen des erheblichen Investitionsbedarfs, erhalte.

Bremen habe leistungsstarke Oberstufen und zunächst solle man sich um die Sprachkompetenz in der Grundschule kümmern, das sei der Kern der Debatte. Eine Schule für Alle sei wichtig!

Die Fraktion der Grünen wünscht sich eine gemeinsame Oberstufe an der GSM, Schaumburger Straße und Hamburger Straße, damit wäre es möglich die 4 Profile des Gymnasiums Hamburger Straße um weitere Profile zu ergänzen.

Der Spielraum der Wahlmöglichkeiten werde erhöht und die Schüler können sich mehr im Stadtteil orientieren.

In der weiteren Diskussion werden noch eine Reihe von Änderungswünschen zum Antrag angemeldet und im Antragstext aufgenommen.

Zur Abstimmung im Beirat:

Herr Jonitz stellt den Antrag den Absatz 1 des Antrages nicht zu befassen. Dieser Antrag wird bei 2 ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der überarbeitete Antrag wird bei 2 nein-Stimmen angenommen und lautet:

### ***Schulstandortplanung Östliche Vorstadt***

Die Schulen Gesamtschule Mitte und Schule an der Schaumburger Straße haben an den Beirat Östliche Vorstadt den Wunsch nach Einrichtung einer weiteren Gymnasialen Oberstufe im Stadtteil – zusätzlich zum Angebot des Gymnasiums an der Hamburger Straße – herangetragen. Die von den beiden Schulen zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft zur Kooperation wird vom Beirat ausdrücklich begrüßt. Der Beirat wünscht auch das Gymnasium an der Hamburger Straße in den Prozess einzubeziehen, eine gemeinsame Oberstufe für den Stadtteil zu entwickeln.

Der Beirat Östliche Vorstadt fordert den Senat auf, die Zielformulierungen des Koalitionsvertrages bezüglich der beabsichtigten Stärkung des Elementarbereiches und der Sprachförderung der Kinder in den Mittelpunkt seiner bil-

dungspolitischen Anstrengungen zu stellen. Die gute Kenntnis der Unterrichtssprache erweist sich nach Auffassung des Beirates als von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Schullaufbahn.

Die gesamtstädtische Ausweitung der Zahl der Gymnasialen Oberstufen birgt nach Ansicht des Beirates Östliche Vorstadt grundsätzlich das Risiko einer Absenkung der durchschnittlichen Jahrgangsbreite an den Oberstufenstandorten verbunden mit Einschränkungen bei den von den Schulen angebotenen Profilen. Der Beirat erinnert dabei an die im Koalitionsvertrag zum Ausdruck gebrachte Absicht, Spielräume zu mehr Wahlfreiheit der Schülerinnen und Schüler nutzen zu wollen. Eine Reduzierung der Anzahl der Profile an den Gymnasialen Oberstufen ist nach Ansicht des Beirates inhaltlich nicht vertretbar und liefe der beabsichtigten Ausweitung der Wahlfreiheit zuwider.

Der Beirat Östliche Vorstadt unterstützt den Wunsch der Schule an der Schaumburger Straße, Ganztagschule werden zu wollen. Er bedauert, dass die Senatorin für Bildung und Wissenschaft die Gelegenheit zur Einführung des Ganztagschulbetriebes im Rahmen der Umwandlung des bisherigen Sek-I-Schulzentrums zur Oberschule zum kommenden Schuljahr hat verstreichen lassen.

Der Beirat Östliche Vorstadt hat durch seine Initiative maßgeblich dazu beigetragen, dass das Schulerweiterungsgelände bei der Schule an der Schaumburger Straße nicht veräußert wurde. Tragendes Argument für diese Entscheidung war der Hinweis aus dem Beirat, dass an dem Standort eine Halle für den Schulsport errichtet werden solle. Eventuell vorhandene zusätzliche Mittel für bauliche Maßnahmen sollen prioritär in den Bau dieser dringend erforderlichen weiteren Sporthalle für die Schulen im Stadtteil sowie die von der Schule an der Schaumburger Straße gewünschte Modernisierung des Schulgebäudes unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte fließen.

Als Grundlage für eine fundierte Beratung im Beirat wird die Senatorin für Bildung und Wissenschaft gebeten, die finanzielle und organisatorische Absicherung und den Zeitplan für die Gründung einer Oberstufe darzulegen, um auf Grundlage der prognostizierten Entwicklung der Schülerzahlen in der Östlichen Vorstadt und angrenzender Stadtteile ein möglichst breites Profilagebot für die Schulen in gemeinsamer Kooperation zu schaffen.

#### **TOP 6**

Vergabe der restlichen Beiratsmittel:

Reparatur der Radartafeln	€ 220,00
Anschaffung Kletterbox Schulhof Schaumburger Str.	€ 2500,00
Rutschenturm Spielplatz Gesundheitsamt	€ 1950,00
Anschaffung von 2 Radartafeln	€ 5000,00
Stiftung Weser Terrassen – Kinder- und Jugendprojekte	Reste – 2009

#### **TOP 7**

Auf die Veranstaltung Das Viertel is(s)t am 21.1.2009 wird hingewiesen.

Thema des diesjährigen Treffens in der Friedensgemeinde: Die Bildungsbrücke

Herr Stadtwald spricht die Zunahme des Drogenhandels in der Linienstraße an. Das Polizeirevier sagt zu, den Bereich in nächster Zeit besonders zu überwachen.

Vorsitz:

Sprecher:

Protokollführung:

Bücking

Rüdel

Freudenberg